



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/IV/189

10. Dezember 1949

## Ostzonale Weihnachtstimmung

---

(sp.) Auszug aus dem Brief eines Freundes aus der Ostzone, der einen Sprung in den Westsektor von Berlin wagte. Der Absender ist als Lehrer in einer grösseren Stadt tätig.

"Jetzt sitze ich auf der Weihnachtsmesse am Funkturm und bin glücklich wie ein Kind - hier gibt es wieder Weihnachtszauber und

Weihnachtsglück! Bei uns geht das grosse Sterben weiter. Menschen sterben, Herzen sterben, Glauben und Glück sterben. Zu Weihnachten

empfindet man alles viel intensiver, dass man aus der Welt der Menschlichkeit ausgestossen ist. In der Schule: Weihnachtsfeiern seien un-

erwünscht - Stalin-Feiern dafür sind ganz gross aufzuziehen. Die Schaufenster versuchen mit elendem Krimskrams zu locken und Weihnachten

vorzutäuschen, bringen aber kein Kinderauge zum Leuchten. Ungezählte Kinder wissen immer noch nicht, was Schokolade ist. Schabiges Zucker-

werk muss sich die Mutter von den knappen Marken absparen, um ein paar Lutscher unter den Baum legen zu können.

Ungezählte Väter kommen auch diesmal nicht aus der Gefangenschaft oder den KZ-Lagern heim, hoffnungslos. Die Erwachsenen stehen gleich-

falls mit leeren Händen da: was soll man mit dem Schund, aus Scheuertüchern genäht. 90 Prozent unserer Kinder haben keine Lederschuhe,

oft auch keine Igelitsandalen und können nicht zur Schule gehen. Für 1000 Kinder meiner Schule sind 40 Paar Lederschuhe in Aussicht ge-

stellt, nachdem wir drei- bis viermal Vorschlagslisten einreichen mussten (wegen der Planung!). Wie wir dieses verrückte Planen um jeden

Preis verfluchen! Von alledem bleibt nur ein Berg Papier übrig. Viele werden zu Weihnachten noch nicht einmal die verplanten Kartoffeln auf

dem Tisch haben! Mit der warmen Stube ist es nicht anders. Die grosse Lebensmittelerhöhung sieht so aus, dass ich von der bisherigen knappen

Zuteilung jetzt weniger bekomme als vorher".

Nachschrift: "Dein letzter Brief war wieder geöffnet!"

## Europäische Zwischenbilanz

-----  
Von unserem Pariser A.F.-Vertreter

Aus zwei Gründen ist Paris der Mittelpunkt der europäischen Einigungsbewegung. Einerseits ging die Initiative von der französischen Regierung aus und von ihr wird auch weiterhin der europäische Gedanke besonders stark gefördert, andererseits finden alle massgebenden Konferenzen und Besprechungen über diese Frage an der Seine statt.

Leider kann man sich im Augenblick kaum des Gefühles erwehren, dass die europäischen Einigungsbestrebungen irgendwie in eine Sackgasse geraten sind, die verschiedenen Bremskräfte scheinen stärker zu sein als der vorwärts treibende Motor. Die letzte Tagung des Ministerausschusses des Europarates sowie des dauernden Ausschusses der Strassburger Konsultativ-Versammlung führte zu bisher nicht überwundenen Gegensätzen und Verstimmungen. Der ständige Ausschuss protestierte einmütig gegen die zögernde Haltung der Minister und sein belgischer Präsident Spaak scheute nicht vor dem Hinweis zurück, seiner Ansicht nach verhindern die Minister tatsächlich die Schaffung der europäischen Einheit.

Grossbritannien und die skandinavischen Staaten stehen nach wie vor den europäischen Plänen misstrauisch gegenüber. Die Gründe sind hinreichend bekannt. Innerhalb der sozialistischen Europabewegung spielt die englische Arbeiterpartei keine führende Rolle.

Auf dem Anfang November in Paris stattgefundenen Internationalen Kongress dieser Bewegung war sie lediglich durch einen einzigen Abgeordneten des Unterhauses vertreten, der nur als Beauftragter einer der Europabewegung grundsätzlich günstig gesinnten Minderheit der Partei erschien. Aber auch dieser Abgeordnete erklärte, die britischen Sozialisten seien nicht bereit, in eine liberale, kontinentaleuropäische Galeere einzusteigen. Sie würden die britische Isolierung einer europäischen Gemeinschaft vorziehen, die zu einer Herabsetzung des Lebensstandards des britischen Arbeiters führen könnte. Die Mehrheit des Pariser Kongresses teilte nicht diese britischen Ansichten. Unabhängig von allen sozialen und politischen Forderungen sieht sie auch weiterhin in der Schaffung der europäischen Einheit eine unumgängliche Notwendigkeit. Es wäre allerdings falsch, die briti-

sche Arbeiterpartei allein für die Verzögerung der europäischen Einheit verantwortlich zu machen, auch eine konservative Regierung würde sich kaum von den starken Bindungen an das Commonwealth freimachen können oder wollen - in der Opposition hat man aussenpolitisch immer mehr Bewegungsfreiheit als in der Regierung.

Ferner sollten die rein wirtschaftlichen Widerstände privater Kreise nicht unterschätzt werden. Das Scheitern von Benelux und der französisch-italienischen Zollunion ist kein ermutigendes Vorzeichen. auch die geplante Fritalux stiess zunächst auf grösste Schwierigkeiten und das zuletzt Erreichte lässt sich in seinen Auswirkungen noch nicht klar erkennen. Die theoretisch geforderte Freizügigkeit steht leider allzu oft im Gegensatz zu hartnäckig verteidigten Privatinteressen, die in Europa eine beängstigende Welle von Protektionismus ausgelöst haben. Jede Gruppe fordert ein Höchstmass von Sicherheit und lebt in einer schon beinahe hysterischen Konkurrenzangst. Das gilt sowohl für die liberalistischen Unternehmer, als auch für die kommunistischen Arbeiter. In einem derartigen Klima lässt sich keine europäische Arbeitsteilung durchführen, d.h. es ist nicht möglich, die erste Voraussetzung für eine engere europäische Zusammenarbeit zu schaffen.

Immerhin sollte man nicht allzu pessimistisch in die Zukunft blicken. Europas grösster Trumpf in der Einigungsfrage ist das energische und weitsichtige Drängen der Vereinigten Staaten, die keine Lust haben, dauernd eine jeder wirtschaftlichen Vernunft zuwiderhandelnde Masse von Kleinstaatcn zu unterstützen. Kaum weniger ausschlaggebend wird in Zukunft der Wille der Völker sein, trotz aller Sicherungswünsche und trotz aller protektionistischen Strömungen die nationalen Grenzen zu überwinden. Die Europabewegung gewinnt ständig an Einfluss und ihr Echo in den Massen wird von Tag zu Tag stärker. Es sollte ihr möglich sein, über die politischen Gegensätze hinweg ihr Ziel zu erreichen.

\*\*\*

Eine schlechte Sache schlecht verteidigt

---

(sp.) Die Kritik, die kürzlich an der Satzungsänderung des NWDR geübt wurde, weil dieser sich von der Besatzungsmacht ohne Mitwirkung des Bundestages das Sendemonopol für die britische Zone verleihen liess, versucht nun Professor Raskop als Vorsitzender des Rundfunkverwaltungsrates zu entkräften. Sein Hinweis, in der neuen Satzung sei "nicht mehr ausgesprochen als eine etwas genauere Umschreibung eines schon bestehenden Zustandes" ist alles andere als überzeugend. Der NWDR konnte im Gebiet der britischen Zone bisher als einzige Sendegesellschaft nur deshalb arbeiten, weil technisch gar nicht die Möglichkeit bestand, anderen Sendern Wellenfrequenzen einzuräumen. Gerade zu dem Zeitpunkt, da durch Entwicklung des Ultrakurzwellen-Funks auch für politische oder andere Gruppen die Möglichkeit entsteht, neben den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten Sender zu entwickeln, verschafft sich der NWDR nun ein statutenmässiges Sendemonopol, um damit neue selbständige Sender für alle Zeiten auszuschliessen.

Nach Professor Raskop ist es "nicht an der Zeit, Gruppensender zu errichten". Das mag seine private Ansicht sein. Dem Verwaltungsratsvorsitzenden des NWDR aber steht es nicht zu, in dieser Frage der Entscheidung des Bundestages durch Vorschieben der Besatzungsmacht vorzugreifen.

Professor Raskop bemüht sich schliesslich, hinter dem Generaldirektor des NWDR und dessen "Verantwortung für die Rundfunkarbeit und ihre Gestaltung" Deckung zu nehmen. Dieser Hinweis aus der Feder eines Mannes, der erst kürzlich mit der Betonung des von ihm gegenüber dem Generaldirektor behaupteten Weisungsrechtes seine Zulassung zu einer internen Intendantensitzung erzwang, der seine Vollmachten für so weitgehend hält, um sich sogar um die Verpachtung der Hamburger Funkhauskantine zu kümmern, deutet nicht gerade auf ein gutes Gewissen.

(b/B74/2/1012/hs)

\*\*\*

Wie die Opposition "bevorzugt" wird. (sp.) Von der Landtagsfraktion der CDU in Niedersachsen wurde behauptet, bei den Übertragungen des NWDR aus Bonn würde der Opposition regelmässig mehr Zeit eingeräumt als den Sprechern der Regierungsparteien. Wir haben uns vom NWDR vollständige Angaben über die Zeitaufteilung dieser Sendungen besorgt, die folgendes Bild ergeben:

Seit der Einführung der Übertragungen aus Bonn standen den Vertretern der Regierungsparteien 340 Minuten, den Sprechern der Opposition 226 Minuten zur Verfügung.

(b/B74/2/1012/hs)

\*\*\*

-----  
 Hansi Grotewohl  
 -----

sp. Die erste Handlung der meisten Arrivees des Dritten Reiches bestand darin, dass sich von ihren bisherigen Frauen trennten. Die neuen Frauen waren - honny soit qui mal y pense - stets jünger und repräsentativer. Reichsorganisationsleiter Ley war für diese, von höchster Stelle sanktionierte NS-Moral leuchtendes Beispiel, das vom Kreisleiter aufwärts unzählige Male nachgeahmt wurde.

Vor drei Wochen hat Otto Grotewohl, Ministerpräsident der Ostzone, in aller Stille und Bescheidenheit seine bisherige Sekretärin Hansi Schumann geheiratet. Sie soll, wie in sonst gut informierten Kreisen verlautet, jünger sein und auch repräsentativer aussehen als die Frau, die Grotewohl auf seinem bisherigen, nicht immer vom ministerialen Glanz umgebenen Leben begleitet hat. Honny soit qui mal y pense. Wer wollte sich auch wundern! Man hat in der Ostzone so viele bewährte Praktiken aus der NS-Erblassenschaft übernommen, vom Hausputz bis zum KZ, warum sollte man auf eine so wohltuende Einrichtung verzichten, mit der man Schlafzimmer aufmöbeln kann?

(m/2/1012/hs)

\*\*\*

-----  
 Willi Knothe stellt richtig  
 -----

Der Vorsitzende der SPD des Bezirks Hessen, Willi Knothe, erklärt zu den gegen ihn letzthin erhobenen Behauptungen, dass er bereits vor führenden Gewerkschaftsfunktionären des DGB in Frankfurt die ihm unterstellte Ausserung von der Spaltung der Gewerkschaften dementiert habe. Diese Bemerkung sei von einem Redner in der Diskussion gemacht worden.

Ein Berichterstatter, der selbst nicht anwesend war und sich von einem Gewährsmann unterrichten liess, habe ihm, Knothe, diese Ausserung unterschoben.

Willi Knothe legt Wert auf die Feststellung, dass er seit Neugründung der Gewerkschaften aus Überzeugung für die Einheit der Gewerkschaften eingetreten sei. An dieser Auffassung halte er nach wie vor fest.

\*\*\*

-----  
 Verantwortlich: Peter Raunau  
 -----